

Serpil Midyatli zu Besuch in Kita

FLensburg So etwas hat Serpil Midyatli bislang noch nicht gesehen, wie sie beim Blick auf den Einsatzplan der Betreuer bekennt. Vergangene Woche war die Landesvorsitzende der SPD in der Kita Adelby1 zu Gast. Um sich zu informieren. Um selbst zu informieren. Das neue Kita-Gesetz, das die Landesregierung plant, treibt die freien Träger dieser Tage um. Doch in Flensburg ist dies nicht die einzige Front, an der die Kita-Betreiber unterwegs sind.

Was Midyatli an dem Einsatzplan in der Einrichtung so erstaunt, ist die Flexibilität, die die Kiwi-Kita den Eltern gewährt. Die Kiwi ist eine betriebsnahe Kindertagesstätte. Erweiterte Öffnungszeiten und Zusatzangebote werden durch Unternehmensbeiträge finanziert. Die Kiwi zeigt dabei jedoch auch exemplarisch, worum es in Zukunft mit dem neuen Kita-Gesetz gehen wird. Entscheiden bislang oftmals Wohnort und Kreis-Grenzen



Serpil Midyatli (Mitte) im Gespräch mit Oberbürgermeisterin Simone Lange und dem Flensburger SPD-Chef Justus Klebe.

FOTO: LORENZ

darüber, wo die jeweilige Kita besucht werden kann, sieht das neue Gesetz bislang eine freie Kita-Wahl vor.

Heiko Frost, Geschäftsführer von Adelby1, begrüßt das ausdrücklich. Dennoch liegt gerade hier für die Stadt ein Problem. Flensburg zieht mit Arbeitsplätzen viele Menschen aus der Region an und hat zuletzt kräftig in Kita-Ausbau und -Qualität investiert. „Wenn das Land, die Wunsch- und Wahlfreiheit herstellen will, dann muss eben auch für Gleichwertigkeit gesorgt werden“, sagt

Oberbürgermeisterin Simone Lange (SPD).

Flensburgs Eltern könnten bei der Reform leer ausgehen. So sieht es Midyatli. „Die Eltern werden nicht entlastet. Die Qualität wird man hier auch nicht steigern“, sagt sie. Der Grund: Flensburg liegt ihr zufolge bereits heute über jenem Standard, von dem das Gesetz ausgehen wird. Was das für den Flensburger Haushalt bedeutet, bleibt abzuwarten.

Stadt und Betreiber der freien Kitas verhandeln in Flensburg auch an anderer Stelle um

die Zukunft der Finanzierung. Es geht um den Eigenträgeranteil von fünf Prozent, den die freien Träger an den anerkannten Kosten aufbringen müssen. „Diese Gelder müssen zusätzlich eingeworben werden“, erklärt Kay Richert von der Landtagsfraktion der FDP. Bei den Kitas in städtischer Trägerschaft werde dieser Eigenanteil aus dem Haushalt querfinanziert. „Es ist ein wirtschaftlicher Vorteil für die Kitas in städtischer Trägerschaft“, kritisiert Richert. Eine frühere Evaluierung habe dabei ein weiteres Absenken des Eigenanteils vorgeesehen. Im Vorfeld der Kommunalwahl sollen die freien Träger zugesagt haben, dass diese Ergebnisse erstmal für sich behalten. „Dieses Agreement hat es mit der Stadt gegeben“, so Richert. Inzwischen wird verhandelt. Heiko Frost ist optimistisch, dass es eine Einigung geben wird. Für die Stadt würde dies dann aber nochmals mehr Ausgaben bedeuten. *til*